

Neue Regierung in Finnland im Amt

Mit der Berufung des neuen, zweiten Kabinetts von Premierminister Matti Vanhanen durch Staatspräsidentin Tarja Halonen haben die Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung in Finnland nach den Parlamentswahlen vom 18. März heute ihren Abschluss gefunden. In dem um zwei Minister auf 20 Mitglieder erweiterten „blau-grünen“ Kabinett gehören jeweils acht der Zentrums- und der National Coalition Party (Kokoomus) an, die Grünen und die Schwedische Volkspartei stellen jeweils zwei Minister. Neu sind das Ministerium für Europa und Immigration sowie das Ministerium für Wohnungswesen. Zum ersten Mal in der Geschichte Finnlands gehören dem Kabinett mehr Frauen (12) als Männer (8) an. Im Parlament des Landes sind 42% der Abgeordneten Frauen.

Jyrki Katainen, der 35-jährige Vorsitzende des EVP-Mitgliedes Kokoomus, wurde neuer Finanzminister und stellvertretender Regierungschef. Er wird bereits heute in neuer Funktion an dem EcoFin-Treffen in Berlin teilnehmen. Nach einem für finnische Verhältnisse spektakulärem Wahlerfolg hat er auch in den Koalitionsverhandlungen Geschick, Nervenstärke und Durchsetzungskraft gezeigt. Mit dem Finanzministerium als Schlüsselressort, dem Aussenministerium, das an den erfahrenen Ilkka Kanerva ging, der auch für die Zusammenarbeit mit den Nordischen Ländern verantwortlich sein wird, dem Innenministerium unter Anne Holmlund, die gestern noch ihren 33. Geburtstag feierte, dem Verteidigungsministerium unter Jyri Häkämies, Wohnungsbauminister Jan Vapaavuori sowie den Ministerinnen Sari Sarkomaa (Erziehung), Suvi Linden (Kommunikation) und Paula Risikko (Gesundheit und Soziales) hat Kokoomus Verantwortung für wesentliche Felder der Aussen-, Sicherheits- und Innenpolitik übernommen. Darüber hinaus stellt Kokoomus mit Sauli Niinistö auch noch den Parlamentspräsidenten.

Ministerin für Immigration und Europa wird die Juristin Astrid Thors, die der Schwedischen Volkspartei angehört.

Neugeschaffen wurde ein Ministerium für Arbeit und Industrie, das aus dem bisherigen Ministerium für Handel und Industrie sowie dem Ministerium für Arbeit hervorgeht. Es wird zusätzlich die für Regionalentwicklung zuständige Abteilung des Innenministeriums erhalten und von zwei Ministern geführt. Von der Zusammenfassung von Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Industriepolitik sowie der Verantwortung für die regionale Entwicklung des Landes verspricht sich die Regierung eine Straffung und Bündelung von Verantwortlichkeiten und eine grössere Effizienz bei der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Neugefasst werden soll auch die Aufgabenteilung zwischen der Zentralregierung und den regional und örtlich Verantwortlichen.

Wichtig für die künftige Aussen- und Sicherheitspolitik Finnlands dürfte sein, dass mit Kokoomus erstmals ein Koalitionspartner die Verantwortung im Aussenministerium und im Verteidigungsministerium übernimmt. Mit Blick auf die bisherigen inhaltlichen Positionen von Jyrki Katainen und den anderen Mitgliedern in der Führung der Partei kann eine flexiblere Haltung Finnlands, insbesondere zu Fragen der gemeinsamen Europäischen Aussen- und Sicherheitspolitik sowie zur NATO-Mitgliedschaft des Landes erwartet werden. So enthält die Koalitionsvereinbarung auch klare Hinweise darauf, dass die neue Regierung in der EU das wichtigste Instrument einer wirksamen Aussen- und Sicherheitspolitik sieht und sich daher auch für eine stärkere Vereinheitlichung auf EU-Ebene ausspricht.

Die neue Regierung setzt sich ferner für eine bessere Zusammenarbeit im Ostseeraum ein und will der Region insgesamt stärkeres Gewicht in Brüssel verschaffen.

Gegenüber Russland will Finnland noch intensiver als in der Vergangenheit seine bilateralen Beziehungen ausbauen und dabei auch eine entscheidende Rolle bei der Definition und Umsetzung einer EU-Russland-Politik übernehmen.

Die Regierung plant ferner die Vorlage eines umfassenden Berichts an das Parlament zur finnischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es kann davon ausgegangen werden, dass in diesem Zusammenhang auch die Diskussion zur NATO und zu Finnlands Rolle bei EU- und UN-Engagements zu einer innenpolitischen Entscheidung gebracht werden

sollen. Schon jetzt spricht die Koalitionsvereinbarung von der Bereitschaft Finnlands, durch militärische und zivile Beistellungen am internationalen Krisenmanagement mitzuwirken.

Die Koalition legt ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union und zur Reform der EU „auf der Basis des EU-Verfassungsvertrages“ ab. Europa müsse sich auf die Felder konzentrieren, wo die Zusammenarbeit klare Vorteile gegenüber individuellem Vorgehen der Mitgliedsstaaten bringe. Einwände und Kritik der Bürger müssten ernst genommen, Entscheidungen der EU effizienter und transparenter werden. Dazu solle auch die nationale Debatte über die Europäische Union belebt werden.

Finnland unterstützt Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, Kroatien und den Ländern des westlichen Balkan auf der Grundlage der verabredeten Kriterien.

Innenpolitisch setzt die neue Regierung auf neue Initiativen zur Arbeitsmarktpolitik sowie auf Massnahmen zum Umweltschutz und zur Energiesicherheit. Reformen sollen ferner die Altersversorgungssysteme und die Gesundheitsversorgung stabiler machen.

Traditionell dürften Regierung und Opposition in den Kernfragen der finnischen Innenpolitik wenig auseinanderliegen.

So zeigen auch die ersten Reaktionen der Sozialdemokraten, des bisherigen Regierungspartners von Vanhanen, eher filigrane Gegenentwürfe, wenn sie etwa kritisch auf die noch ausstehenden Details der künftigen sozialen Absicherung von Künstlern verweisen.

Die oppositionellen Christdemokraten halten die Vereinbarungen für Kinderbetreuung und Altenpflege für unzureichend und fürchten, „dass unsere alten Menschen in nassen Windeln und ohne Rente“ werden leben müssen. Sie fordern eine Aufstockung der in der Koalition vereinbarten Mittel.

Die Regierung Vanhanen scheint insgesamt in eine eher stabile Zukunft blicken zu können.

Thomas Bernd Stehling
19. April 2006